

FPÖ kritisiert Bundesregierung: Wo bleibt der Plan für österreichische Bauern?

FPÖ-Politiker kritisieren die neue Bundesregierung: Fehlende Pläne zur Konjunkturbelebung und Vorrang für Neutralität in der Sicherheitspolitik.

Tobaj, Österreich - In einer neuen Ära der politischen Auseinandersetzungen zeigt sich Alexander Petschnig, FPÖ-Landesparteibeamten und Nationalrat, skeptisch gegenüber der derzeit anhaltenden Kompromissbereitschaft der neuen Bundesregierung. Er vermisst konkrete Pläne für eine Konjunkturbelebung und deutet an, dass der Kompromiss „eigentlich nur eine Garantie dafür ist, dass sich nichts ändert“. Seine Bedenken zielen insbesondere auf die fehlenden Reformmaßnahmen und die unzureichenden Initiativen zur Senkung der Energiepreise, die für viele Bürger von großer Bedeutung sind, wie **ORF Burgenland** berichtet.

Ein weiterer Kritikpunkt kommt von FPÖ-Bundesrat Thomas Karacsony, der die Situation in der Landwirtschaft scharf kritisiert. „Im neuen Regierungsprogramm ist nichts drinnen, was den Landwirten irgendwas bringen soll in Österreich“, erklärt er. Die Forderung nach einer verbesserten Lebensmittelherkunftskennzeichnung blieb unbeachtet, und die Bürokratie wird nicht abgebaut. Dies führt zu einer verstärkten Überwachung der Landwirte, was die Branche stark belastet. Im Sicherheitsbereich äußert Michael Gmeindl, der am 6. Februar 2025 als Abgeordneter zum Nationalrat angelobt wurde, Bedenken gegenüber dem europäischen Luftverteidigungsprojekt Skyshield. Gmeindl betont, dass die

Teilnahme an diesem Projekt mit der österreichischen Neutralität nicht vereinbar sei, und fordert den Ausstieg daraus. Der Politiker, der auch als Spitzenkandidat der FPÖ für die bevorstehenden Wahlen nominiert wurde, sieht die Gefahr, dass durch Skyshield eine Hintertür für eine indirekte NATO-Integration geschaffen wird, was er entschieden ablehnt, wie von **Wikipedia** ausgeführt.

Kritik am Regierungsprogramm

Die „Jetzt erst recht“-Tour 2025 wird am Freitagabend erstmals im Burgenland erwartet, und zwar in Tobaj im Bezirk Güssing. Dieser politische Auftritt könnte eine Reaktion auf die anhaltenden Bedenken und Forderungen der FPÖ sein, die stets darauf bestehen, dass sich an der politischen Realität etwas ändern muss, um den Herausforderungen der Zeit gerecht zu werden. Die Unzufriedenheit mit dem aktuellen Regierungsprogramm spiegelt sich in den Aussagen der FPÖ-Politiker wider und könnte die politische Landschaft in der Zukunft entscheidend beeinflussen.

Details	
Vorfall	Regionales
Ort	Tobaj, Österreich
Quellen	• burgenland.orf.at • de.wikipedia.org

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at